



Antrag

der Abgeordneten **Andreas Lotte, Annette Karl, Angelika Weikert, Natascha Kohnen, Bernhard Roos, Doris Rauscher, Arif Tasdelen, Ruth Waldmann, Klaus Adelt SPD**

Unternehmerische Verantwortung stärken – Werkswohnungsbau in Bayern fördern

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird dazu aufgefordert, zu prüfen, inwieweit die Errichtung günstigen Wohnraums in Form von Werkswohnungen, Werkshotels und Auszubildendenwohnheimen durch arbeitgebende Betriebe seitens des Freistaats Bayern gefördert werden kann.

Begründung:

Laut dem MINT-Frühjahrsreport 2014 des Instituts der deutschen Wirtschaft in Köln (IW) kann der Fachkräftemangel in Deutschland schwere volkswirtschaftliche Folgen haben. So könnten bis 2020 bis zu ca. 160.000 Akademikerinnen und Akademiker und bis zu 1,4 Mio. Facharbeiterinnen und Facharbeiter fehlen. Im globalisierten Wettbewerb ist dies ein schwerer Rückschlag für die Leistungsfähigkeit der deutschen und damit auch der bayerischen Wirtschaft.

Es muss zu den absoluten Prioritäten vorausschauender Wirtschaftspolitik gehören, diesem Mangel entgegenzuwirken und den Arbeitsstandort Bayern durch eine Verbesserung des Arbeitsumfelds nachhaltig zu stärken. Hierzu soll die Verantwortung der Unternehmen gestärkt werden, indem sie dazu ermutigt werden preisgünstigen Wohnraum in Form von Werkswohnungen, Werkshotels und/oder Auszubildendenwohnheimen zu bauen. Als vorbildhaft kann in diesem Zusammenhang das Vorhaben der Stadtwerke München gesehen werden, bis 2020 insgesamt etwa 500 Werkswohnungen für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu bauen.

Solche Projekte schaffen gesellschaftlichen Mehrwert, da durch zusätzlichen Wohnraum der Druck von angespannten Mietmärkten wie Regensburg, Nürnberg oder München genommen und nachhaltig die Umwelt sowie Infrastruktur geschont wird, indem Pendlerströme gezielter reguliert werden. Der Freistaat sollte daher gründlich prüfen, durch welche Maßnahmen Unternehmen seitens der Staatsregierung dazu angeregt und darin unterstützt würden, Wohnraum für ihre Beschäftigten zu schaffen.